

Quelle: NZZ vom 1.3.2018

Finanzminister der Waadt rechtfertigt sich im Steuerfall Moret

Die Nationalrätin hat seit zehn Jahren keine Steuerrechnung mehr erhalten – Pascal Broulis weist jegliche Einflussnahme von sich

Antonio Fumagalli, Lausanne

Die Waadtländer Politik kommt nicht zur Ruhe – und wiederum stehen Steuerfragen im Zentrum der Aufregung. Der «Tages-Anzeiger» hat am Mittwoch berichtet, dass Isabelle Moret, FDP-Nationalrätin und ehemalige Bundesratskandidatin, seit bald zehn Jahren keine definitive Steuerrechnung mehr erhalten habe. Letztmals sei sie im Jahr 2008 rechtskräftig besteuert worden. Für die Jahre von 2009 bis 2015 habe sie Akontozahlungen geleistet. Trotzdem bleibe ein Steuerbetrag von mehreren hunderttausend Franken offen, wobei ein Grossteil ihr Ex-Gatte zu entrichten habe.

Grund für das langwierige Verfahren sind offenbar ungeklärte Fragen rund um die Steuerabzüge. Die mittlerweile freischaffende Rechtsberaterin soll gegenüber dem Fiskus nicht alle notwendigen Nachweise eingereicht haben, worauf die Behörden den Druck erhöhten. Moret wollte sich am Mittwoch auf Anfrage nicht äussern, sie verwies auf den Präsidenten der FDP Waadt. Das Waadtländer Steueramt seinerseits erinnert in einem Communiqué an das Steuergeheimnis. Man habe «über das Steuereossier der genannten Person noch nie Informationen geliefert» und werde dies auch in Zukunft nicht tun.

Olivier Bally, Präsident der Waadtländer Sektion des Schweizerischen Treuhänderverbands, zeigt sich erstaunt über die neuen Berichte. Mangels Einblick könne er sich nicht zum Einzelfall äussern. Seinen Kunden rate er zu einer «angemessenen und proaktiven Transparenz» gegenüber den Steuerbehörden – erst recht, wenn es sich um Personen des öffentlichen Interesses handle. Dass sich Steuerberechnungen wie im Fall Moret derart in die Länge zögen, sei ungewöhnlich und werfe Fragen auf.

Drei Communiqués aufs Mal

Der Zeitpunkt der Medienberichterstattung zum Fall Moret ist brisant: Denn die Waadtländer Öffentlichkeit wartet seit Wochen auf Erklärungen von Finanzminister Pascal Broulis. Der gleiche Journalist hatte enthüllt, dass der FDP-Magistrat zwei Drittel seiner Gemeindesteuern in Sainte-Croix und nur einen Drittel in der Stadt Lausanne bezahlt, wo unter anderem sein Sohn zur Schule geht.

Linke Parteien haben in der Folge Vorstösse im Kantonsparlament deponiert, welche die Legalität des Arrangements zwischen den Gemeinden infrage stellen.

Weil Broulis an den Olympischen Spielen in Südkorea weilte und Ferien stattfanden, hat sich der Regierungsrat erst am Mittwoch im Beisein von Broulis mit den Fragen auseinandersetzen können. Im Nachgang der Sitzung – und nach den zusätzlich aufgetauchten Vorwürfen im Fall Moret – setzte die Waadtländer Regierung zu einer regelrechten Informationsoffensive an. Sie verschickte nicht weniger als drei Communiqués zur Steuerthematik; hinzu kam die erwähnte Notiz des Steueramts. Die drängendsten Fragen, die das Steuerregime von Finanzminister Broulis betreffen, blieben jedoch unbeantwortet. Der Staatskanzler stellte in Aussicht, dass Regierungspräsidentin Nuria Gorrite die hängige Interpellation am kommenden Dienstag im Grossrat beantworte. In der Zwischenzeit äussere sie sich nicht. Broulis selbst war telefonisch nicht erreichbar.

«Böswillige Unterstellungen»

In einem der Communiqués verurteilte der Waadtländer Finanzminister dafür umso schärfer die «böswilligen Unterstellungen». Er bezog sich dabei auf die im «Tages-Anzeiger» aufgeworfene Frage, ob er versucht habe, seine Parteikollegin Moret zu schützen, zumal er sich angeblich regelmässig über heikle Dossiers informieren lasse. Broulis betont nun, dass er über die Steuerverhältnisse von Moret oder ihrem Ehemann «nie auf dem Laufenden» gewesen sei und mit ihnen in dieser Hinsicht nie Kontakt gehabt habe. Die Steuerbehörde falle ihre Entscheide vollständig unabhängig von der Politik, das Gleichbehandlungsprinzip sei «strikt respektiert».

Die Situation überwunden hat der Finanzminister damit aber noch nicht. Nicht nur muss er – beziehungsweise stellvertretend Regierungspräsidentin Gorrite – die vorliegenden parlamentarischen Fragen beantworten. Es drohen bereits die nächsten: Die Linkspartei «Ensemble à gauche» überlegt sich, am Dienstag eine weitere Interpellation, diesmal zum Fall Moret und allfälligen Verbindungen zum Finanzdepartement, einzureichen. Die Waadtländer SP verlangt, dass sowohl Moret wie auch Broulis «komplette Transparenz» schaffen und vollständigen Einblick in ihre Steuerverhältnisse gewähren.